

73. Wissenschaftlicher Kongress

Der Öffentliche Gesundheitsdienst –
Rückenwind für Gesundheit!

24. - 27. April 2024, Hamburg

www.bvoegd-kongress.de



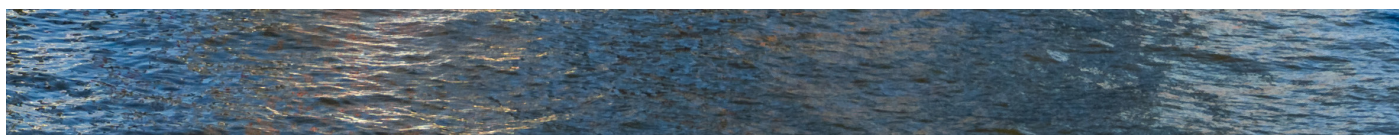
Pressemappe vom 25.04.2024



BVÖGD  Bundesverband der Ärztinnen
und Ärzte des Öffentlichen
Gesundheitsdienstes e.V.

 **BZÖG**
BUNDESVERBAND
der Zahnärztinnen und Zahnärzte des
Öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V.

 **DGÖD**



Pressemitteilung

Berlin, 25.04.2024

Abdruck honorarfrei – Beleg erbeten

Öffentlichen Gesundheitsdienst langfristig stärken und ausbauen

Hamburg – Deutschland benötigt einen starken und verlässlichen öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD), der auch für den Krisenfall gut aufgestellt ist. Das betonten Fachgesellschaften und Verbände heute auf dem 73. Wissenschaftliche Kongress des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Hamburg.

Die Politik habe mit dem sogenannten Pakt für den ÖGD und den damit enthaltenen rund vier Milliarden Euro den Ausbau des ÖGD angestoßen.

„Aber diese Förderung durch den Bund läuft – Stand jetzt – 2026 aus. Wir laufen Gefahr, dass dann Stellen aufgrund Befristung oder desolater Haushaltslage in den Kommunen auslaufen beziehungsweise abgebaut werden. Das können wir uns nicht leisten!“ sagte Dr. med. Kristina Böhm, Vorsitzende des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD).

„Wir brauchen in Deutschland eine nachhaltige und dauerhafte Verbesserung der Personalsituation im ÖGD. Dabei stehen Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen in der Verantwortung. Die Förderung für den ÖGD darf kein Strohfeuer bleiben! Denn der Gesundheitsschutz der Bevölkerung muss an erster Stelle stehen“, so Böhm.

„Der Schutz und die Förderung der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger sind kein isolierter Politikbereich unter vielen anderen. Nein – Gesundheit und Gesundheitsförderung müssen bei allen politischen Entscheidungen immer mitgedacht und mitberücksichtigt werden“, erklärte Dr. med. Emanuel Wiggerich, Erster stellvertretender Vorsitzender des BVÖGD.

Dieser sogenannte ‚Health-In-All-Policies-Ansatz‘ gelte nicht nur für große bundesweite Gesetzesvorhaben, sondern gerade auch bei den Entscheidungen auf kommunaler Ebene, betonte er. Eine besondere Herausforderung sei der Klimawandel. Für den ÖGD gewinne der Gesundheitsschutz der Bevölkerung angesichts zunehmender Hitzewellen, aber auch Starkregenperioden, eine immer stärkere Bedeutung.

„Klar ist: Der ÖGD benötigt für diese und seine übrigen vielfältigen Aufgaben dringend mehr Fachpersonal auf allen Ebenen in den Gesundheitsämtern. Dazu müssen wir Bewerberinnen und Bewerber attraktive und langfristige Perspektiven bieten können“ so Wiggerich.

Der Kongress steht unter dem Motto „Der Öffentliche Gesundheitsdienst – Rückenwind für Gesundheit“. Erstmals wird er von den Bundesverbänden der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) und der Zahnärztinnen und Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BZÖG) gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Öffentliches Gesundheitswesen veranstaltet.

Pressekontakt

BVÖGD Geschäftsstelle
Joachimsthaler Straße 31-32
10719 Berlin

E-Mail: info@bvoegd.de
Telefon: 030 8872737-55

Pressemitteilung

Berlin, 25.04.2024

Abdruck honorarfrei – Beleg erbeten

Statement Dr. med. Kristina Böhm

Vorsitzende des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes
(BVÖGD)

Wir brauchen in Deutschland einen starken und verlässlichen Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD). Das ist spätestens in der Corona-Pandemie allen Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen deutlich geworden – aber auch allen Bürgern, die mit den Gesundheitsämtern vor Ort zu tun hatten.

Die Politik hat aufgrund der Erfahrungen in der Pandemie schnell reagiert und mit dem *Pakt für den ÖGD* ein bisher nie dagewesenes, großes Förderprogramm aufgelegt. Der Pakt umfasst bekanntlich rund vier Milliarden Euro. Bis Ende 2022 wurden damit mehr als 5.000 Stellen im ÖGD neu geschaffen und auch bei der Digitalisierung sind wir wichtige Schritte vorangekommen. Dabei ist es wichtig, dass wir die Potentiale der Digitalisierung nachhaltig nutzen, um Mitarbeitende in den Gesundheitsämtern von repetitiven, monotonen Aufgaben zu entlasten und so mehr Zeit für die Fachlichkeit und persönliche Beratung der Bürgerinnen und Bürger zu haben.

Aber diese Förderung durch den Bund läuft – Stand jetzt - 2026 aus. Wir laufen Gefahr, dass dann Stellen aufgrund Befristung oder desolater Haushaltslage in den Kommunen auslaufen beziehungsweise abgebaut werden.

Das können wir uns nicht leisten!

Wir brauchen in Deutschland eine nachhaltige und dauerhafte Verbesserung der Personalsituation im ÖGD. Dabei stehen Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen in der Verantwortung. Die Förderung für den ÖGD darf kein Strohfeuer bleiben! Denn der Gesundheitsschutz der Bevölkerung muss an erster Stelle stehen.

Wichtig ist dabei auch, die Arbeit im ÖGD für Ärztinnen und Ärzte und die vielen anderen Fachkräfte angemessen zu bezahlen, damit sich auch in Zukunft genügend Bewerberinnen und Bewerber bei den Ämtern melden. Im Augenblick ziehen die Ämter bei der Suche nach Bewerberinnen und Bewerbern gegenüber dem Krankenhaus und der Praxis oft den Kürzeren, weil die Kommunen sich weiterhin weigern, ihre ärztlichen Mitarbeiter im Gesundheitsamt nach dem ärztespezifischen Tarifvertrag zu bezahlen.

Pressekontakt

BVÖGD Geschäftsstelle
Joachimsthaler Straße 31-32
10719 Berlin

E-Mail: info@bvoegd.de
Telefon: 030 8872737-55

Bundesverband der Ärztinnen
und Ärzte des öffentlichen
Gesundheitsdienstes

Bundesgeschäftsstelle
Joachimsthaler Straße 31-32
10719 Berlin
E-Mail info@bvoegd.de
Internet www.bvoegd.de

Bank BBBank eG
BIC GENODE61BBB
IBAN DE97660908000007866453

Pressemitteilung

Berlin, 25.04.2024

Abdruck honorarfrei – Beleg erbeten

Statement Dr. med. Emanuel Wiggerich

Erster stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD)

Die nächste Krise kommt bestimmt und es ist wichtig, darauf gut vorbereitet zu sein – auch und gerade durch einen starken Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD)!

Eine besondere Herausforderung ist der Klimawandel. Monat für Monat registrieren wir bei der Erderwärmung und der Erwärmung der Meeresoberfläche neue Rekordtemperaturen. Die Märzwerte, die wir kürzlich erfahren haben, belegen dies erneut. Für den ÖGD gewinnt der Gesundheitsschutz der Bevölkerung angesichts zunehmender Hitzewellen, aber auch Starkregenperioden, eine immer stärkere Bedeutung.

Gerade hier muss der politische Raum handeln. Die Akteure vor Ort müssen regional abgestimmte Hitzeaktionspläne erarbeiten und der ÖGD kann und ist dafür mit seiner Expertise ein zentraler und wichtiger Partner der Politik, insbesondere mit seinem Überblick über den gesundheitlichen Zustand der Bevölkerung.

Der Schutz und die Förderung der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger sind kein isolierter Politikbereich unter vielen anderen. Nein – Gesundheit und Gesundheitsförderung müssen bei allen politischen Entscheidungen immer mitgedacht und mitberücksichtigt werden.

Dieser sogenannte ‚Health-In-All-Policies-Ansatz‘ gilt nicht nur für große bundesweite Gesetzesvorhaben, sondern gerade auch bei den Entscheidungen auf kommunaler Ebene.

Hier sind die Gesundheitsämter besonders kompetente Berater: Sie kennen die regionalen Besonderheiten, das soziale Gefüge vor Ort und können die Kommunalpolitik gezielt unterstützen, Entscheidungen zu treffen, welche die Gesundheit und das Gesundheitsverhalten der Menschen fördern und schädliche Faktoren minimieren oder gar vermeiden.

Mögliche Handlungsfelder für ein abgestimmtes Vorgehen im Sinne des Health-In-All-Policies-Ansatz sind zum Beispiel die Begrünung von Stadtvierteln, die Planung beim Um- und Neubau von Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden sowie die Betreuung besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel Pflegebedürftiger.

Klar ist: Der ÖGD benötigt für diese und seine übrigen vielfältigen Aufgaben dringend mehr Fachpersonal auf allen Ebenen in den Gesundheitsämtern. Dazu müssen wir Bewerberinnen und Bewerber attraktive und langfristige Perspektiven bieten können.

Pressekontakt

BVÖGD Geschäftsstelle
Joachimsthaler Straße 31-32
10719 Berlin

E-Mail: info@bvoegd.de
Telefon: 030 8872737-55



Pressemitteilung

Berlin, 25.04.2024

Abdruck honorarfrei – Beleg erbeten

Deutsche Gesellschaft für Öffentliches Gesundheitswesen

Für mehr Wissenschaft im ÖGD

Bei der wissenschaftlichen Verankerung der öffentlichen Gesundheit gibt es in Deutschland erheblichen Nachholbedarf. „Diese Verankerung ist aber wichtig, weil Entscheidungen für die öffentliche Gesundheit auf überregionaler und auf regionaler Ebene auf Basis des besten verfügbaren Wissens getroffen werden sollten“, sagte die erste Vorsitzende der Fachgesellschaft, Dr. med. Susanne Pruskil, auf dem 73. Wissenschaftliche Kongress des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) heute in Hamburg.

Die vor einem Jahr gegründete Deutsche Gesellschaft für Öffentliches Gesundheitswesen (DGÖG) versteht sich als interdisziplinäre Plattform und hat sich zum Ziel gesetzt, die wissenschaftliche Weiterentwicklung des ÖGD voranzubringen.

Dazu gehören laut Pruskil unter anderem die Erstellung und Aktualisierung von evidenzbasierten Leitlinien und die weitere Etablierung des ÖGD in der akademischen Lehre.

„Besonders auf der kommunalen Ebene wollen wir uns für eine bessere Vernetzung zwischen ÖGD und Wissenschaft einsetzen, um kleinräumige Analysen zu ermöglichen und für Entscheidungsprozesse zur Verfügung zu stellen. Dabei sind gemeinsam erarbeitete Handlungsempfehlungen besonders wichtig“, betonte Pruskil.

Die aktuellen Entwicklungen sind laut der DGÖG ermutigend. „Der Aufbau erster Lehrstühle und von Brückenprofessuren für den ÖGD – etwa in Dresden, Köln, Leipzig und Frankfurt – ist beispielgebend“, so Pruskil. Auch die Entwicklung von Lehr- und Forschungsgesundheitsämtern könne die Verzahnung von Wissenschaft und Praxis entscheidend voranbringen. „Wichtig sind dabei Strukturen, in denen Vertreterinnen und Vertreter von Hochschulen und ÖGD auf Augenhöhe zusammenarbeiten können“, betonte die Vorsitzende der Fachgesellschaft.

Eine solche Entwicklung bietet laut der DGÖG auch die große Chance, den ÖGD für zukünftige Fach- und Führungskräfte attraktiver zu machen, weil er bessere Möglichkeiten zur wissenschaftlichen und interprofessionellen Zusammenarbeit bietet.



Der Kongress steht unter dem Motto „Der Öffentliche Gesundheitsdienst – Rückenwind für Gesundheit“. Erstmals wird er von den Bundesverbänden der Ärztinnen und Ärztinnen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) und der Zahnärztinnen und Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BZÖG) gemeinsam mit der DGÖG veranstaltet.

Pressekontakt

BVÖGD Geschäftsstelle
Joachimsthaler Straße 31-32
10719 Berlin

E-Mail: info@bvoegd.de
Telefon: 030 8872737-55

Bundesverband der Ärztinnen
und Ärzte des öffentlichen
Gesundheitsdienstes

Bundesgeschäftsstelle
Joachimsthaler Straße 31-32
10719 Berlin
E-Mail info@bvoegd.de
Internet www.bvoegd.de

Bank BBBank eG
BIC GENODE61BBB
IBAN DE97660908000007866453

Pressemitteilung

Berlin, 25.04.2024

Abdruck honorarfrei – Beleg erbeten

Pressemitteilung

Grundlagenpapier zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft Kinderschutz des Bundesverbandes der Zahnärztinnen und Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V. (BZÖG)

Kinderschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch Beschäftigten in medizinischen Fachberufen kommt aufgrund ihrer Fachkenntnisse die besondere Aufgabe zu, eine potenzielle Gefährdung des Kindeswohls zu erkennen und sich aktiv im Kinderschutz zu beteiligen. Da ein erkranktes und unversorgtes Gebiss bei Kindern und Heranwachsenden ein erstes Alarmzeichen für eine gesundheitliche Vernachlässigung und/oder Gefährdung sein kann, können insbesondere Zahnärzt*innen zu einer Früherkennung eines beeinträchtigten Kindeswohls beitragen. Die Früherkennung dieser sogenannten „Dentalen Vernachlässigung“ ist nicht nur in der Zahnarztpraxis möglich. Sie erfolgt auch im Rahmen von Vorsorgeuntersuchungen durch Zahnärzt*innen kommunaler Gesundheitsämter in Kitas und Schulen. Durch die regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen können sehr viele Kinder sehr frühzeitig in ihrer Lebenswelt erreicht und zahnärztlich untersucht werden. Diese Betreuungsstrukturen ermöglichen den Kontakt zu allen Kindern. Dies ist insbesondere bei Kindern aus Familien mit einem problematischen sozialen Hintergrund von Bedeutung, die häufig aus unterschiedlichen Gründen einen eher eingeschränkten Zugang in die Arzt- und Zahnarztpraxis haben. Zahnärztliche Untersuchungen in Kitas und Schulen haben somit eine sozialkompensatorische Funktion, durch welche insbesondere für diese Kinder eine gesundheitliche Chancengleichheit ermöglicht wird. Auf diese Weise kann nicht nur die mundgesundheitsbezogene, sondern auch die allgemeine Lebensqualität der betroffenen Kinder verbessert werden. Auch die frühe Erkennung möglicher Gefährdungsaspekte und die frühe Vermittlung von Hilfen werden dadurch ermöglicht.

Um strukturierte Kinderschutzkonzepte in den kommunalen Zahnärztlichen Diensten in Deutschland umzusetzen, wurde Ende des Jahres 2023 durch den Vorstand des BZÖG die Arbeitsgruppe Kinderschutz (AGK) ins Leben gerufen. Die multiprofessionelle Arbeitsgruppe besteht aus Zahnärzt*innen sowie Kinder- und Jugendärzt*innen kommunaler Gesundheitsämter, Vertreter*innen der Jugendhilfe, verschiedenen Fachgesellschaften und Weiterbildungseinrichtungen.

Zielsetzungen der AGK sind u.a.

- Schaffung einer Übersicht über bereits bestehende Schutzkonzepte, deren Dokumentation und Veröffentlichung.
- Definition von Kriterien einer Dentalen Vernachlässigung.
- Beratung und Unterstützung Zahnärztlicher Dienste bei der Konzeption und Umsetzung von Kinderschutzkonzepten.
- Wissenschaftliche Kooperation mit medizinischen und zahnmedizinischen Fachgesellschaften, fachspezifischen Bildungsinstitutionen, berufspolitischen oder fachlichen Verbänden sowie mit Fakultäten der Zahn-, Kinder- und Rechtsmedizin.

Weitere wichtige Ziele der AGK sind ihre Funktion als Ansprechpartnerin für fachspezifische und politische Anfragen sowie insbesondere für die Schaffung interdisziplinärer Netzwerke zwischen dem Kinderschutz in der Medizin, der Jugendhilfe, den kommunalen Zahnärztlichen Diensten und der ambulanten Versorgung in Arzt- und Zahnarztpraxen.

Die Arbeitsweise der AGK, ihre weiteren Zielsetzungen sowie wissenschaftliche und strukturelle Hintergründe zum Phänomen der Dentalen Vernachlässigung sind dem von der Arbeitsgruppe erarbeiteten Grundsatzpapier zu entnehmen, welches unter www.bzoeg.de abrufbar ist.

Pressekontakt:

Dr. Ilka Gottstein
Bundesverband der Zahnärztinnen
und Zahnärzte des
Öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V. (BZÖG)
1. Vorsitzende
Warteberg 27
37327 Leinefelde-Worbis
Tel: 03606/6505380
Mobil: 0152/09855256
E-Mail: gottstein@bzoeg.de

Dr. Pantelis Petrakakis
Bundesverband der Zahnärztinnen
und Zahnärzte des
Öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V. (BZÖG)
Ressort Prävention und Gesundheitsförderung
Leitung Landesstelle Nordrhein
Dr. Pantelis Petrakakis
Hammer Str. 54
40219 Düsseldorf
Tel: 0211/2205463
Mobil: 0177/4040880
E-Mail: petrakakis@bzoeg.de

Pressekontakt

BVÖGD Geschäftsstelle
Joachimsthaler Straße 31-32
10719 Berlin
E-Mail: info@bvoegd.de
Telefon: 030 8872737-55